



2008/43 Lifestyle

<https://jungle.world/artikel/2008/43/bye-bye-bildungsrepublik>

Eine neue Studie zeigt die Auswirkungen von Studiengebühren

Bye Bye, Bildungsrepublik

Von **jana brenner**

Immer weniger Jugendliche wollen um jeden Preis Akademiker werden. Das belegt eine geheim gehaltene Studie des Bildungsministeriums.

Seit Wochen wirbt das Bildungsministerium für den »Aufstieg durch Bildung«, die Zinserhöhungen der Studienkredite wurden wieder zurückgenommen und eine millionenschwere Studie soll zeigen, wie der »Bildungserfolg« erzielt werden kann. Jetzt aber wurde bekannt, dass Bildungsministerin Annette Schavan und ihre Mitarbeiter seit Wochen eine Studie geheim halten, die die Bemühungen um die »Bildungsrepublik« wie einen schlechten Witz aussehen lässt.

Das Institut Hochschul-Informationssystem (HIS) hatte im Auftrag von Schavan 5 240 Studienberechtigte des Abiturientenjahrgangs 2006 befragt. Bis zu 18 000 Jugendliche gaben an, wegen der Gebühren auf ein Studium zu verzichten. Dabei war zu dieser Zeit das Studium nur in NRW und Niedersachsen kostenpflichtig. Mittlerweile erheben auch Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland Gebühren, Hessen hat sie wieder abgeschafft. Aus der Studie geht ebenfalls hervor, dass die Gebührendebatte selbst in Ländern, in denen Studenten noch nicht zur Kasse gebeten werden, zu »erheblicher Verunsicherung« beim Nachwuchs geführt hat. Ein innerdeutscher Braindrain in Richtung gebührenfreie Länder sei nicht zu beobachten. Umgekehrt wollten jedoch immer weniger Abiturienten aus Ostdeutschland in den gebührenpflichtigen Westen ziehen.

Zwei Tage vor dem »Bildungsgipfel« am vergangenen Mittwoch in Dresden gelangte die Studie an die Öffentlichkeit, und prompt hieß es bei Vertretern quer durch alle Parteien, dass das Bildungsministerium aus Angst vor Negativschlagzeilen die Zahlen zurückgehalten habe. SPD, Grüne und »Die Linke« nutzten die Gelegenheit und sprachen sich für die Abschaffung der Gebühren aus. FDP und CDU betonten dagegen, dass sie kein Problem damit hätten, wenn Jugendliche für ihre Bildung zahlen müssten. Im Gegenteil, es sei doch gerade fair, dass die, die später mehr verdienen, auch ein paar Euro dafür hinlegen würden, sagte zum Beispiel Guido Westerwelle. Sicherlich sei die »Leistungselite« hierzulande zu klein und die »Zahl der Leistungsschwachen und Benachteiligten zu groß«, gestand Cornelia Pieper von der FDP. Aber dass Studiengebühren damit etwas zu tun

hätten, bezweifelt der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Uwe Barth: »Angeblich verzichten vor allem Studierwillige aus bildungsfernen Elternhäusern wegen Studiengebühren auf ein Hochschulstudium. Die Lehre, die wir hieraus ziehen müssen, ist eine deutlich verbesserte Beratung.«

Jugendliche studieren demnach also eher, wenn sie genau wissen, zu welchen Konditionen sie wie große Schulden machen müssen, um eine akademische Ausbildung erhalten zu können.

Doch schon jetzt brechen gemäß den Zahlen des HIS 21 Prozent der Studenten ihr Studium ab, in den neuen Bachelor-Studiengängen verlassen sogar 30 Prozent frühzeitig die Universität. Mehr leisten in weniger Zeit und dann auch noch dafür zahlen? Das scheinen viele nicht zu wollen oder zu können. Nicht umsonst rät auch die Stiftung Warentest: »Schöpfen Sie vor einem Studienkredit alle anderen Finanzierungsquellen wie Stipendien, Unterhalt durch die Eltern und Bafög aus. Kalkulieren Sie knapp und reduzieren Sie die Auszahlungsraten, sobald Sie jobben können.«

Studenten und Gewerkschaften warnen schon lange davor, dass Gebühren potenzielle Studenten abschrecken. Sie sehen ihre Befürchtungen durch die Studie bestätigt. »Dies zeigt, dass Studiengebühren noch verheerendere soziale Auswirkungen haben als bislang bekannt«, sagt Malte Clausen vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren. Bianka Hilfrich vom Freien Zusammenschluss StudentInnenschaften ergänzt: »Die Entwicklung ist alarmierend. Trotz einer deutlichen Steigerung der Hochschulzugangsberechtigtenquote um 17 Prozent sinkt die Zahl der Neueinschreibungen kontinuierlich.« Hochschulbildung werde regelrecht von Akademiker-Generation zu Akademiker-Generation weitervererbt, warnte Rolf Dobischat, Präsident des Deutschen Studentenwerks. »Die von den Gebührenländern angekündigten Stipendienprogramme zur sozialen Abfederung von Studiengebühren gibt es noch immer nicht, stattdessen werden den Studierenden zur Finanzierung der Gebühren Darlehen angeboten. Mit Zins und Zinseszinsen müssen einkommensschwächere Studierende, die solche Darlehen in Anspruch nehmen, viel mehr zurückzahlen als jene Studierende, die sich die Studiengebühren leisten können. Das ist nicht sozialverträglich.«

Diese Kritik ist Schavan gewohnt. Als Antwort auf die Medienberichte über die geheim gehaltene Studie nannte die Bildungsministerin einfach eine andere Zahl: »Die Studie, die in unserem Auftrag durchgeführt wurde, zeigt, dass 91 Prozent derer, die studieren, sagen, sie lassen sich von Studiengebühren nicht abhalten«, sagte sie am Montag vor Journalisten in Berlin.

Allerdings scheint Schavan selbst nicht ganz davon überzeugt zu sein, dass die Sorge um die Kosten eines Studiums keinerlei Einfluss auf das Studieren hat. Erst kürzlich setzte sie sich dafür ein, dass der Zinssatz der Studienkredite bei der Förderbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) von sieben auf 6,5 Prozent gesenkt wurde. Dies war allerdings nur ein schwacher Trost für die 43000 Studenten, die solche Kredite aufgenommen haben, denn bei der Einführung des Kredits im April 2006 lag der Zinssatz bei 5,2 Prozent und steigt seitdem ständig.

Das Bildungsministerium und die KfW einigten sich zudem auf eine »strukturelle Veränderung« der Studienkredite »unter Einbeziehung sämtlicher Bildungskredite des Bundes und der KfW«. Das Ziel sei eine »vertretbare Obergrenze der Zinsbelastung für die Studierenden«. Auch soll die »individuelle Leistungsfähigkeit noch stärker berücksichtigt«

werden, wenn es ans Zurückzahlen geht. 2010 will Schavan eine erste Bilanz ziehen. So oder so, ein Kredit ist eine prima Sache, findet der Chefvolkswirt der KfW Bankengruppe, Norbert Irsch: »Mit dem KfW-Studienkredit gibt es keinen Grund mehr, ein Studium allein aus finanziellen Gründen nicht aufzunehmen. Die Studierenden können sich stärker auf ihr Studium konzentrieren und dadurch schneller studieren.« Zumindest so lange, bis sie der Gedanke an den wachsenden Schuldenberg nicht ablenkt.

Am Thema Studiengebühren kam man auf dem Bildungsgipfel nicht vorbei, obwohl sich die Bundeskanzlerin das Treffen anderes vorgestellt hatte. In ihrem Video-Podcast zum Gipfel sprach sie vom Ausbau der Verbindungen zwischen den verschiedenen Bildungsinstitutionen, davon, dass man mehr Jugendliche für naturwissenschaftlich-technische Berufe interessieren müsse und dass Kinder mit Migrationshintergrund »wirklich gleiche Chancen in unserem Land haben« sollten. Und, es klang fast wie eine Drohung: »Wir müssen es schaffen, dass lebenslanges Lernen auch wirklich der Alltag wird, denn heute kann man nicht mehr davon ausgehen, ein Mal einen Beruf gelernt zu haben und dann sich nicht mehr weiterbilden zu müssen.« Also nie mehr Frührente und nie mehr Altersteilzeit, jetzt wird gearbeitet bis zum Kollaps.

Neben der »Qualifizierungsinitiative Aufstieg durch Bildung« hat das Bildungsministerium aber noch mehr zu bieten. Vergangenen Montag wurde das »Nationale Bildungspanel« gestartet, mit dem man zum ersten Mal beobachten könne, »wie sich Kinder aus gleichen Herkunftsfamilien und mit gleichen Kompetenzen in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen entwickeln, welche Faktoren positive Entwicklungen begünstigen, mit welchen Einflüssen Scheitern verbunden ist und wie so genannte »Risikofälle« aufgefangen werden können.« Durch die langfristige Beobachtung, für die das Ministerium alleine im Jahr 2009 7,5 Millionen Euro ausgeben will, verspricht sich Schavan offenbar bessere Ergebnisse als die bisheriger »Momentaufnahmen« wie beispielsweise durch Pisa-Studien. Ob Schavan die Zahlen des HIS auch nur für eine Momentaufnahme hält? Sie wird zumindest nicht müde zu betonen, dass möglichst vielen jungen Menschen der Zugang zu einem Hochschulstudium ermöglicht werden soll, so wie es sich eben für eine richtige Bildungsrepublik gehört. Die Abschaffung der Studiengebühren wäre dafür wohl kein ganz schlechter Anfang.